

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift:
Tageblatt Riesa,
Fernruf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzolamts Meißen befähigter bestimmtes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1590.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 276.

Montag, 27. November 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Papiere- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Werkschrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getraubender und abelartiger Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt gewährt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenbestellungen „Erzähler am der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Besetzung oder der Beförderungsverhältnisse — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorsehung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittlich, Riesa.

Das neue französische Kabinett.

Das Kabinett Chaumemps gebildet.

Ein „Ministerium des öffentlichen Wohls“.

Paris, 27. November. Der Präsident der Republik, Lebrun, hat den bisherigen Innenminister Chaumemps mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt, nachdem der Führer der radikalsozialistischen Partei, der frühere Ministerpräsident Herriot, einen Auftrag des Präsidenten mit dem Hinweis auf seine nach immer unbefriedigende Gesundheit abgelehnt hatte.

Chaumemps begann sofort seine Bemühungen um ein neues Kabinett. Die Verhandlungen der Vorkomitees führten zu keinem positiven Ergebnis. Infolgedessen dürfte Chaumemps gezwungen sein, mehr nach der Mitte auszugreifen. Eine Kandidatur von Paul Boncour, der unter diesen Umständen die Zusammenlegung des kommenden Ministeriums gegenüber dem letzten Ministerium Sarraut seine großen Veränderungen aufweisen würde. Es heißt, daß Chaumemps ein Kabinett „des öffentlichen Wohls“ bilden wolle, das sich auf eine Mehrheit von den Radikalen bis zu den Vorkomitees einschließlich stützen werde. Herriot dürfte keine Neigung haben, einen Ministerposten anzunehmen.

Chaumemps Besprechungen sind inzwischen soweit fortgeschritten, daß man schon jetzt — einig unwesentliche Änderungen vorbehalten — die Ministerliste aufstellen kann. Darnach würde:

- Ministerpräsident und Innenminister: Chaumemps,
- Justizminister: Steeg,
- Kriegsminister: Daladier,
- Außenminister: Paul Boncour,
- Finanzen und Haushalt: George Bonnet,
- Kriegsmarineminister: Sarraut,
- Luftfahrtminister: Pierre Cot,
- Unterrichtminister: de Monzie,
- Essentielle Arbeiten: Paganon,
- Arbeitsminister: Frot,
- Handelsminister: Laurant-Gunac,
- Landwirtschaftsminister: Queuille,
- Handelsmarineminister: Bertrand,
- Pensionsminister: Ducos,
- Kolonialminister: Piétri,
- Postminister: Mistler,
- Gesundheit: Bonnevay.

Es handelt sich also um ein Kabinett der republikanischen Vereinigung unter Ausschluß der Sozialisten und Radikalen, in dem der äußerste rechte Flügel durch die Gruppe Piétri vertreten ist. Darnach hat jedoch dem Ministerpräsidenten seine Unterstützung zugesagt.

Chaumemps wird wahrscheinlich mit den gleichen Mitteln, wie sein Vorgänger Sarraut, versuchen, ein Finanzpostulat von der Kammer gebilligt zu erhalten. Seine Kandidaten, dieses Ziel zu erreichen, erscheinen dabei nicht größer als diejenigen Sarrauts. Was besonders die Außenpolitik anbelangt, so sind von Chaumemps noch weniger als von Sarraut Initiativen zu erwarten, zu denen er sich in Anbetracht seiner schwachen innerpolitischen Stellung nicht verleiten lassen dürfte.

Chaumemps politische Laufbahn

Der mit der Kabinettsbildung beauftragte radikale Abgeordnete Chaumemps ist im Jahre 1885 als Sohn eines Senatspräsidenten und früheren Ministers geboren worden und von Beruf Rechtsanwalt. Chaumemps wurde 1910 zum erstenmal zum Abgeordneten gewählt und wurde 1920 Vorsitzender der radikalen Kammerfraktion. Im Februar 1930 war er Ministerpräsident eines ausschließlich aus Radikalen bestehenden Kabinetts, das am selben Tage, an dem es sich dem Parlament vorstellte, gestürzt wurde. Dann war er Unterrichtsminister und später Innenminister im dem letzten Kabinett Herriot und in den Kabinetten Paul-Boncour, Daladier und Sarraut.

Unbefriedigende Antwort

Die österreichische Regierung verdrängt den Tatbestand.

Wien, 27. November.

Die amtliche Nachrichtenstelle meldet: Der deutsche Botschafter Dr. Rietz stattete dem Bundeskanzler Dr. Dollfuß einen Besuch ab, bei dem er dem Bundeskanzler das Ergebnis der deutschen Erhebungen über den Zwischenfall an der bayerisch-österreichischen Grenze zur Kenntnis brachte. Zu gleicher Zeit stellte er die Frage, was die österreichische Regierung in dieser Angelegenheit zu veranlassen gedenke. Bundeskanzler Dr. Dollfuß erklärte, daß die sofortige eingeleitete Untersuchung im Zuge sei, und daß er eine Antwort erst erteilen könne, sobald über diesen jedenfalls bedauerlichen Zwischenfall die Untersuchungsmaterialien vollständig vorliegen. Das Ergebnis der mit aller Sorgfalt geführten Un-

Offensive Sardiens gegen die Politik der Radikalen.

Paris, 27. November. Der Abgeordnete Sardien hat gestern nachmittag in Bourges und in Chambery Reden gehalten, die im Hinblick auf die Ausrückung in Frankreich eine gewisse Bedeutung haben. Er führte u. a. aus: Die Hauptursache der gegenwärtigen Lage sei, daß der marxistische Materialismus auf die französische Politik Einfluß gewonnen habe. Er habe die individuellen Ideale geliebt. Er vergesse seit 15 Jahren die Atmosphäre in Frankreich und habe sich unter dem Deckmantel des Sozialismus in das Programm der radikalen Partei eingeschrieben. Innerhalb von 18 Monaten habe die Vorkomiteepolitik außerpolitisch zu folgenden Verzichtleistungen geführt:

Verzicht auf die Wiedergutmachung der Kriegsschäden im Juni 1929 in Lausanne.

Verzicht auf die Abrüstung Deutschlands durch Anerkennung der Gleichberechtigung im Dezember 1929 in Genf.

Verzicht auf den Grundab des gegenseitigen Verstandes, der doch die Grundlage der Stabilitätsidee bilde, durch Annahme des MacDonaldschen Abrüstungsplans im März 1933 in Genf.

Verzicht auf die Forderung nach Achtung der Verträge, und zwar durch die Unterzeichnung des Viererpaktes.

Verzicht auf die traditionellen Bündnisse (Polen und die Kleine Entente).

Die Vorkomiteepolitik habe also Frankreich von den Grundrücken weggelockt, die es früher hatte, und ebenso auch von seinen natürlichen Verbündeten. Ebenso scharf kritisierte Sardien die lässige Behandlung der Ordnung des Staatshaushalts, die Wirtschaftspolitik, den Rückgang der Steuereinnahmen, den man mit Mitteln bekämpfen wolle, wie Ausschreibung einer Staatslotterie und Ausgabe „falschen Geldes“ in Madrid. In der Tschekoslowakei von 40 Milliarden Francs durch das Publikum komme das Mißtrauen

des Landes gegenüber den Regierungsmächten zum Ausdruck. Schließlich müsse auch die Unstabilität der Ministerien angegriffen werden, die aus dem Zusammenwirken der Radikalen mit den Sozialisten hervorgegangen sei (fünf Ministerkrisen innerhalb von 18 Monaten).

Sardien verlangte dann in seiner Rede nach einer starken Regierung mit folgendem Programm:

1) Wiederherstellung des Vertrauens dadurch, daß den bestehenden Kreisen in Frankreich — das bedeutet in diesem Falle dem ganzen französischen Volk, vor allem auf dem Land — bedeutet werde, daß die Leute, die für eine Enteignung von Staats wegen eintreten, auf die Regierung keinen Einfluß haben dürften;

2) Säuberung des republikanischen Regimes durch eine Verfassungsreform;

3) Frankreich müsse das Bewußtsein seiner geschichtlichen Aufgabe wiedergegeben werden, und man müsse gerade in dem Augenblick, in dem vor seinen Toren diktatorische Regierungen erscheinen, die französische Zivilisation retten, die auf der Achtung der Würde und der Freiheit der menschlichen Person begründet sei.

Der Politik der Linken, die ein Kartell zur Wiedergewinnung der Wahlen gewollt sei, müsse man den Vorwurf machen, daß sie die gesamte nationale Wirtschaft unfruchtbar gemacht habe, daß sie die Staatsfinanzen zum Bankrott geführt habe und daß sie 1933 ebenso wie 1914 das Land unweigerlich in den Krieg hineinführte. Er fordere, daß sich die Bevölkerung gegen diese Gefahren auslehne durch eine Politik anti-sozialistischer republikanischer Einigung wie 1926. Frankreich könne bei der gegenwärtigen Lage in Europa nicht länger mit Ministerien leben, die nur drei Wochen am Ruder bleiben.

teruchung wird samt den Unterlagen dem deutschen Weandten zur Verfügung gestellt werden.

„Das Wiener Untersuchungsergebnis“

Von österreichischer amtlicher Seite wird mitgeteilt:

Die anlässlich des Zwischenfalles an der österreichisch-bayerischen Grenze bei Erpfendorf, nördlich von Riehbühl, sofort eingeleiteten Erhebungen haben vorläufig zu nachstehenden Ergebnissen geführt:

Eine aus drei Mann bestehende Gendarmerie-Auflösungs-Patrouille, die auf der Eggenalpe im Grenzgebiet stand nahm eine Abteilung von Reichswehrmännern oder SA-Männern wahr, die unter „Heil-Hitler“-Rufen österreichisches Gebiet beim Grenzstein Nr. 6 betraten. Da gerade auf diesem Gebiet wiederholt Feuerüberfälle und Angriffe auf die im Grenzgebiet stehenden österreichischen Organe erfolgt sind, gab die österreichische Patrouille in der begründeten Annahme, daß es sich wieder um einen derartigen Überfall handle, Schüsse ab. Einer dieser Schüsse traf einen Reichswehrmann am Kopf. Nach dem Ergebnis des Vorkomitees steht fest, daß sich der Erschossene auf österreichischem Gebiet befunden hat, da eine Blutlache auf österreichischem Boden vorgefunden wurde. Zwecks genauer Überprüfung des Vorfalles befindet sich eine Untersuchungskommission und Organe der politischen Verwaltung am Tatort. Zwecks Mitwirkung wurden auch Geometer und Fotografen herangezogen. Zu dem von reichsdeutscher Seite veröffentlichten Ergebnis zur Untersuchung des Vorfalles, wonach sich der erschossene Reichswehrmann auf deutschem Boden befunden hat, ist zu bemerken, daß diese Mitteilung auf eine nicht genaue Kenntnis des Grenzverlaufs zurückzuführen sein dürfte.

Unverantwortliche Handlungsweise bestätigt

Dazu wird von zuständiger deutscher Seite bemerkt:

Diese amtliche österreichische Mitteilung bestätigt die unerschütterliche Tatsache und unverantwortliche Handlungsweise der österreichischen Gendarmeriepatrouille. Lediglich auf die Vermutung hin, daß von der völlig unbewaffneten und weder als Soldaten noch als SA-Männer kennzeichnenden Mannschaft ein Überfall erfolgen könnte, ist der tödliche Schuß auf eine Entfernung von etwa 300 Metern abgegeben worden. Diese Vermutung fand in dem Verhalten der deutschen Soldaten keinerlei Begründung.

da, wie von der deutschen Untersuchungskommission festgestellt, weder hellere noch irgendeine Belästigung der österreichischen Patrouillen erfolgte. Gegenüber der Behauptung, daß der erschossene Schütze sich auf österreichischem Boden befunden habe, muß auf die einwandfreie Feststellung der deutschen Untersuchungskommission verwiesen werden, nach der sich Schütze auf reichsdeutschem Boden befand.

Unterredung Hitler-Bonnet.

Paris, 27. November. Eine Unterredung des Führers mit dem französischen Botschafter in Berlin, Francois Bonnet, wird ganz allgemein als Auftakt der deutsch-französischen Verhandlungen bemerkt und dementsprechend als bedeutungsvoll erachtet kommentiert. Der „Paris Soir“ betont, daß es sich um eine Präliminarnahme gehandelt habe, deren Zweck darin lag, den Charakter der künftigen Unterredungen zu umreißen. Die Aussprache zwischen dem Führer und dem französischen Botschafter habe sich sehr deutlich abwickelt und könne erhebliche Ergebnisse zeitigen, sobald das französische Kabinett gebildet sein werde. Der „Transatlantique“ will aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß der Schritt Francois Bonnets nicht als erster Akt der deutsch-französischen Verhandlungen, sondern nur als Vorstudium anzusehen sei. Es werde aber nicht geleugnet, daß der französische Botschafter mit dem Reichskanzler die internationale Lage gebräutet und über die Wege zu ihrer Besserung gesprochen habe.

Die Nachmittagsblätter geben offen zu, daß deutsch-französischen Besprechungen nunmehr nicht mehr das „englische Hindernis“ entgegenstehen würde. Der offizielle „Temps“ macht einen Salto mortale, indem er auf einmal die Wut ausdrückt, daß die Vermittlerdienste Englands Frankreich bei seinen Verhandlungen mit Deutschland stören würden, wie auch italienische Vermittlungsdienste Deutschland stören würden. Auch die „Liberté“ hat unter Hinweis auf die Rede Simons allerdings an Englands Haltung anzuknüpfen. England wolle, daß die Verständigung unter feiner Führung und mit seinem Segen sich vollziehe. Die diplomatische Formel „bilaterale Verhandlungen“ ändern an dem Stand der Dinge nichts. Hitler habe die Partie schon zu drei Vierteln gewonnen.

Die Nachricht von der Unterredung Francois Bonnets mit dem Reichskanzler hat auch in der Kammer stärkstes Aufsehen hervorgerufen.

Manuskript betreffen, das nicht zum Inhalt des Heftes gehört.
Wenn emporgehoben, genügt es, um den Inhalt des Heftes zu verdeutlichen.
Kaufmann von dem Kauf, vor dem ich schon zu mitternachts die Stunde mit Gott schlafen konnte.
Einmal machte der Postbote, ein Junge, der mich bei mir selbst vor mir selbst sah.